

SO-01-NEU-899-4 Wir investieren in Gerechtigkeit (nur neue Zeilennummerierung)

Antragsteller*in: Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha)

Änderungsantrag zu SO-01-NEU

Von Zeile 899 bis 918:

~~VARIANTE 1: Wir streben die Wiederbelebung der Vermögensteuer an. Eine gute Basis bietet dabei die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Januar 2016, die auch für mehrere Varianten von Steuersätzen und Freibeträgen das Aufkommen schätzt. Die grüne Vermögensteuer soll als Millionärsteuer ausgestaltet werden mit einem persönlichen Freibetrag von mindestens einer Million Euro. Der Steuersatz soll maximal 1 Prozent betragen und das Aufkommen bei 10 Milliarden Euro liegen. Mit diesem Ansatz würden 99,8 Prozent des Aufkommens vom reichsten 1 Prozent unserer Gesellschaft getragen werden. Steuerfrei bleiben die gesetzlichen, betrieblichen und privaten Vorsorgevermögen sowie die Altersrückstellungen im Rahmen von privaten Krankenversicherungen. Ausweichmöglichkeiten werden dadurch eingeschränkt, dass die Steuerpflicht an der Staatsangehörigkeit ansetzt, eine Verlagerung von Wohnsitz oder Vermögen ins Ausland reduziert deshalb die Steuerzahlung nicht.~~

~~VARIANTE 2: Für eine tatsächlich progressive Erbschaftsteuerbelastung halten wir eine Erbschaftsteuer mit einer einheitlichen und breiten Bemessungsgrundlage für alle Vermögensarten (synthetische Erbschaftsteuer) für notwendig, denn sie allein unterbindet die Gestaltung über unterschiedliche Vermögensarten. Mit moderaten Steuersätzen (Größenordnung 15 Prozent) und unter Beibehalt der aktuellen Freibeträge wird eine verfassungsfeste, progressive und für die Länderhaushalte ergiebige Vermögensbesteuerung erreicht. Mit einer verbindlich einzuräumenden Stundungsoption über einen angemessenen Zeitraum kann diese Steuer von jedem Unternehmenseigentümer getragen werden, ohne die Investitionsmöglichkeiten des Unternehmens einzuschränken.~~

Wenn das Verfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit feststellt, werden wir ein neues Konzept einer Erbschaftssteuer entwickeln müssen, das einfach und gerecht ist und keine Zweifel an der Verfassungskonformität lässt.

Und wir wollen der starken Vermögensungleichheit und damit einer sozialen Spaltung mit einer verfassungsfesten, ergiebigen und umsetzbaren Vermögenssteuer für Superreiche entgegenwirken. Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen.

Begründung

mündlich

Weitere Antragsteller*innen

Anton Hofreiter (KV München Land); Britta Haßelmann (KV Bielefeld); Annalena Baerbock (KV Potsdam); Margarete Bause (KV München); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Oliver Hildenbrand (KV Main-Tauber); Michael Kellner (KV Berlin Pankow); Renate Künast (KV Tempelhof-Schöneberg); Sven Lehmann (KV Köln); Karoline Linnert (KV Bremen-Ost); Sylvia Löhrmann (KV Solingen); Mehrdad

Mostofizadeh (KV Essen); Simone Peter (KV Saarbrücken); Anja Piel (KV Hameln-Pyrmont); Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus-Kreis); Anja Siegesmund (KV Jena); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Stefan Wenzel (KV Göttingen); Daniel Wesener (KV Friedrichshain-Kreuzberg)